

VU: «Jetzt ist die Bevölkerung an der Reihe»

Reaktion Für die VU ist es nach der guten Landesrechnung 2017 Zeit, wieder etwas zum Wohle der Menschen in Liechtenstein zu tun. Dabei gehe es nicht um «Geschenke».

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Dass das überraschend positive Ergebnis der Landesrechnung 2017 mit 170 Millionen Franken Gewinn für Reaktionen sorgt, verwundert nicht. Das Präsidium und die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union (VU) kündigten gestern die Lancierung eines «Bürgerpakets» an. Damit will die VU ihren Wahlslogan «Mehr möglich machen» mit Leben füllen. Und der Staatshaushalt lässt dies aus Sicht der Partei auch zu. «Der VU geht es darum, in einem dringenden ersten Schritt, zukunftsorientierte Lösungen für die brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen zu erarbeiten», schreibt die Union in einer Medienmitteilung. Dies soll zum Wohle der Menschen in Liechtenstein geschehen, «denn sie wurden in den Zeiten des mas-

siven Sparens mehr als einmal zur Kasse gebeten».

Die «brennenden sozialen und gesellschaftlichen Themen» sollen mit einem sogenannten «Bürgerpaket» angegangen werden. Dabei will die VU vor allem Lösungen in den Bereichen Sozialwerke, Gesundheit, Familienförderung sowie die Pflege und Betreuung im Alter anbieten. Die Arbeiten dazu würden schon länger laufen und es seien auch schon entsprechende parlamentarische Vorstösse in Vorbereitung.

Günther Fritz: «Es geht um Verantwortung»

Regierungschef Adrian Hasler warnte bei der Präsentation der guten Zahlen der Landesrechnung am Mittwoch davor, jetzt wieder die «Schleusen zu öffnen und Geschenke zu verteilen». Für den VU-Parteipräsidenten hat das «Bürgerpaket» nichts damit

zu tun. Für ihn geht es darum, dass das Prinzip, dass der Staat nur so viel einnehmen soll, wie er für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, wieder mehr Gewicht erhält. Und der Staat sitze heute auf einem Nettofinanzvermögen von zwei laufenden Jahresausgaben.

«Der VU geht es nicht darum, die Schrauben der damals sicherlich notwendigen Sparpakete wieder zurückzudrehen. Es geht uns vielmehr darum, im Rahmen einer gestaltenden Politik nicht nur in sinnvolle Infrastrukturprojekte zu investieren, sondern vor allem zukunftsorientierte Lösungen für die brennenden sozialen und gesellschaftlichen Fragen zu erarbeiten. Das hat mit Verantwortung gegenüber den Bürgern zu tun und nichts mit «Geschenke verteilen», so Parteipräsident Fritz. Trotzdem würden neue Ausgaben die Aufwendungen in

der Betriebsrechnung wieder ansteigen lassen. Auch davor warnte Finanzminister Adrian Hasler. Das gute Ergebnis 2017 ist vor allem auf das gute Börsenergebnis zurückzuführen.

Dieses Umstands ist sich auch der VU-Präsident Günther Fritz bewusst. Für ihn ist klar, dass «nach den massiven Sparübungen der letzten Jahren» die Bürger nicht nochmals zur Kasse gebeten werden dürfen. «Deshalb müssen wir aufpassen, dass wir keine neuen strukturellen Ausgaben schaffen, die keine nachhaltige Wirkung haben. Die Herausforderungen in den Bereichen Sozialwerke, Gesundheit, Familienförderung sowie Pflege und Betreuung im Alter werden den Staat jedoch immer etwas kosten. Damit das Ganze aber auch in Zukunft bezahlbar bleibt, müssen wir eben schon heute in kluge Lösungen investieren.» **3**

VU lanciert «Bürgerpaket»

Finanzen Für die VU ist es nach dem überraschenden Ergebnis der Landesrechnung höchste Zeit, wieder an die Menschen zu denken und für sie zu handeln. Dies will sie mit einem «Bürgerpaket» erreichen.

Das Präsidium und die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union hätten das mit einem Ertragsüberschuss von 170 Mio. Franken überraschend positiv abschliessende Ergebnis der Erfolgsrechnung 2017 erfreut zur Kenntnis genommen, teilt die Partei in einer Medienmitteilung mit. Dazu hat im Wesentlichen das positive Finanzergebnis in Höhe von 159 Mio. Franken beigetragen. Zuversichtlich stimme insbesondere auch das positive Betriebsergebnis von 11 Mio. Franken. «Das überraschend positive Ergebnis der Landesrechnung 2017 kann zwei Schlüsse zulassen: eine unerwartet positive Börsenentwicklung oder es wurde zu viel gespart!», kommentiert die VU das Ergebnis der Landesrechnung 2017.

«Jetzt ist die Bevölkerung an der Reihe»

Die VU hatte bereits im Landtagswahlkampf 2017 mit dem Slogan «Mehr möglich machen» geworben. Damit wollte die Partei zum Ausdruck bringen, dass in der laufenden Legislaturperi-

ode für die liechtensteinische Bevölkerung wieder mehr möglich sein muss.

«Die vorliegende Landesrechnung 2017 bestätigt, dass dies im Hinblick auf den Staatshaushalt auch möglich ist. Der VU geht es darum, in einem dringend nötigen ersten Schritt, zukunftsorientierte Lösungen für die brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen zu erarbeiten. Und dabei muss dies endlich wieder zum Wohle der Menschen in Liechtenstein geschehen, denn sie wurden in den Zeiten des massiven Sparens mehr als einmal zur Kasse gebeten», schreibt die VU in ihrer Mitteilung.

«Ein Bürgerpaket für mehr Solidarität»

Die VU befasse sich schon seit Längerem mit den fünf Themen «Für mehr staatliches Engagement bei der AHV», «Für ein gutes Leben im Alter», «Für bezahlbare Krankenkassenprämien», «Für eine Stärkung der Familien» und dem Generationenprojekt «Für ein Demografie-Pro-



VU-Parteipräsident Günther Fritz: «Fakt ist, dem Land geht es gut und es ist höchste Zeit, wieder an die Menschen zu denken und für sie zu handeln.»
Bild: Daniel Schwendener

zent». «Die parteiinternen Diskussionen zu diesen Themenbereichen laufen derzeit auf Hoch-

touren und teilweise sind bereits entsprechende parlamentarische Vorstösse in Vorbereitung. Die

VU wird ihr Bürgerpaket zeitnah vorstellen», so die Partei zum Zeitplan. (red/pd)

«Für mehr staatliches Engagement bei der AHV»

Die AHV hat im 2015 einen Staatsbeitrag von 50 Mio. erhalten, im 2016 waren es 52 Mio. Franken und im 2017 54 Mio. Franken. Vor zwei Jahren hat der Landtag im Zuge der AHV-Reform beschlossen, den Staatsbeitrag ab 2018 fix auf 30 Mio. Franken festzulegen. Damit hat sich der Staat im Rahmen der Sparmassnahmen aus der Solidargemeinschaft herausgekauft und diejenigen, die sich nicht herauskaufen können, nämlich die Beitragsleistenden und die Rentenbezüger, allein zurückgelassen. Um dieses Ungleichgewicht wieder ins Lot zu bringen, hat die VU einen parlamentarischen Vorstoss vorbereitet.

«Für ein gutes Leben im Alter»

Viele Rentnerinnen und Rentner beziehen nur eine AHV und haben keine Ansprüche aus der zweiten Säule. Gerade beim Tod eines Partners kann sich die Einkommenssituation dramatisch verschlechtern. Besonders davon betroffen sind Frauen im Pensionsalter, die vielfach nur eine geringe AHV beziehen können. Um deren Situation künftig zu verbessern, hatte die VU-Fraktion ein Postulat zur Alters- und Risikoversorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile eingereicht, das im März-Landtag einstimmig an die Regierung überwiesen worden ist. Ein weiterer parlamentarischer Vorstoss der Vaterländischen Union befasst sich mit der finanziellen Situation im Rentenalter, um allen Seniorinnen und Senioren ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen.

«Für bezahlbare Krankenkassenprämien»

Der VU liegt nach wie vor ein funktionierendes Gesundheitswesen zu bezahlbaren Kosten am Herzen. Im Juni-Landtag steht die Beantwortung der VU-Interpellation zur künftigen Ausrichtung des Landesspitals im Rahmen einer gesundheitspolitischen Gesamtstrategie zur Diskussion. Die Krankenkassenprämien werden trotz Prämienvorbilligungen für viele Menschen, vor allem für Familien sowie Seniorinnen und Senioren, zunehmend zu einer kaum mehr zu bewältigenden Belastung. Die VU setzt sich weiterhin für bezahlbare Krankenkassenprämien ein. Die Juni-Debatten über die Spitalstrategie und den jährlichen Staatsbeitrag an die Krankenkassen, der im Zuge der Sparmassnahmen um mehr als 20 Millionen gesenkt wurde, dürfen mit Spannung erwartet werden.

«Für Stärkung der Familien»

In der aktuellen politischen Diskussion bemühen sich alle Parteien um verschiedenste Aspekte der Familienförderung. Stichworte dazu: Staatliche Subventionierung von KiTa-Plätzen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erhöhung des Kindergeldes etc. Aktuell prüft die VU die Möglichkeiten einer stärkeren steuerlichen Entlastung von Familien und weitere familienfreundliche Massnahmen.

«Für ein Demografie-Prozent»

Erbprinz Alois hat in seiner Thronrede mit Blick auf den demografischen Wandel grossen Wert auf eine baldige Lösung der zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter gelegt und das fraktionsübergreifend an die Regierung überwiesene Postulat zu diesem Thema begrüsst. Die VU hat bereits in ihrem Wahlprogramm 2017-2021 die Einführung eines «Demografie-Prozents» als Generationenprojekt ins Spiel gebracht. Dies zugunsten der älteren und zur Entlastung der jüngeren Generationen. Dafür ist ein «Generationen-Staatsfonds» zu gründen, der mit einem «Demografie-Prozent» geöffnet wird. Für jedes künftige Modell der Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter wird es ein staatliches Startkapital brauchen, für das man mit einem «Demografie-Prozent» schon heute vorsorgen könnte